

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE.Potsdam

Nr.: 05/2014

21. Jahrgang

2. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 9. Juli 2014

DIE LINKE bleibt dran:

Wichtige Themen sofort wieder auf den Tisch

Was kann man mit einer klugen, kreativen Stadtpolitik gegen Wohnungsnot und steigende Mieten tun – und dafür, dass auch für einkommensschwache PotsdamerInnen das Wohnen bezahlbar bleibt?

Mit zahlreichen Anträgen und Initiativen zu diesem Thema, mit dem Konzept „Wohnen muss bezahlbar bleiben“, der Umsetzung der Empfehlungen des Expertengremiums „Potsdam 22“, der „Mietpreisbremse“ hat die LINKE seit Jahren die Stadtpolitik in dieser „elementaren Frage“ vor sich her getrieben.

Auch im Kooperationsvertrag, den SPD, CDU/ANW, B90/Grüne und Potsdamer Demokraten/ BVB Freie Wähler abgeschlossen haben, um – am Wählerwillen vorbei – die Möglichkeiten der stärksten Fraktion, der LINKEN, zu relativieren, habe die Wohnungspolitik nicht den entsprechenden Stellenwert, stellte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg fest. Daher stelle die LINKE gleich zu Beginn der Wahlperiode den Antrag „Wohnungsnot wirksam begegnen – Wohnen muss bezahlbar bleiben“. Im Antrag wird gefordert, „alle im Zugriff der Stadt stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen, um Wohnen in Potsdam auch in Zukunft bezahlbar zu machen“. In ihren Vorschlägen hat die LINKE eine ganze Reihe von konkreten Maßnahmen aufge-

listet, mit denen die Stadt den scheinbar unbeeinflussbaren Wohnungsmarkt eine soziale Richtung geben könnte.

Scharfenberg mahnte eine konzertierte Aktion aller Fraktionen an, jede solle einen wohnungspolitischen Sprecher benennen.

Ein Bündnis für sicheres und soziales Wohnen sollte entstehen, in dem die Wohnungsunternehmen der Stadt und die Mietervereine zusammen arbeiten sollen. Die Pro Potsdam soll noch stärker auf soziale Bewirtschaftung und Erweiterung des städtischen Wohnungsbestandes ausgerichtet werden. Dabei gehe es natürlich auch um

die langfristige Erhaltung der über 180 Wohnungen im Staudenhof. Die Genossenschaften und die privaten Wohnungsgesellschaften müssten einbezogen werden für die Bereitstellung von belegungsgebundenen Wohnungen. Ein Fonds für soziales Wohnen soll im Haushaltsplan der Stadt 2015 eingerichtet werden. Der Antrag wurde in die Ausschüsse für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, für Gesundheit, Soziales und Inklusion sowie in den Hauptausschuss überwiesen.

Vollständiger Wortlaut des Antrages DS 14/SVV/0628 unter www.potsdam.de – Politik/Verwaltung – Stadtverordnete – SVV online – Textrecherche



Birgit Müller aus der Fraktion der LINKEN wurde in das höchste Amt der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Sie ist Vorsitzende der SVV in dieser Wahlperiode.

Mit auf den Weg ...

Liebe Potsdamerinnen und Potsdamer,

die neue Stadtverordnetenversammlung hat sich konstituiert. Wieder ist DIE LINKE von den Potsdamern zur stärksten Fraktion gemacht worden. Und wieder hat die SPD dieses Wählervotum unterlaufen, indem sie in einem neuen alten Bündnis mit CDU und Grünen Mehrheitsverhältnisse an den LINKEN vorbei schaffen will. Dabei geht es offensichtlich in erster Linie um die Machtinteressen der Potsdamer SPD und nicht um das Wohl der Stadt. Die Abgrenzungspolitik wurde schon mal praktiziert, indem die grundsätzlichen Anträge der Linksfraktion zum Wohnungsproblem und zur Schul- und Kitasanierung ohne Debatte in die Ausschüsse verwiesen und damit auf die lange Bank geschoben wurden. Das war 2008 noch anders, denn in der vergangenen Wahlperiode wurde mit dem ersten Beschluss dem Antrag der LINKEN gefolgt, alle Schulen und Kitas bis 2014 zu sanieren. Die SPD hat mit ihren Vasallen auch das Angebot zurückgewiesen, sich fraktionsübergreifend auf einen Termin für eine Sondersitzung zum Bürgerbegehren zur Garnisonkirche zu einigen. Inakzeptabel ist auch der Versuch, durch möglichst kleine Ausschüsse die Überlegenheit der Rathauskooperation zu sichern. Das widerspricht den Erfahrungen der vergangenen Wahlperiode. Die Linksfraktion wird sich gegen Versuche zur Wehr setzen, die Stadtverordnetenversammlung durch Änderungen der Geschäftsordnung weiter auszuhöhlen. Wir werden weiterhin als kritische und konstruktive Opposition die Probleme, die die Menschen in unserer Stadt bewegen, zur öffentlichen Diskussion und zur Entscheidung stellen.



Ihr Hans-Jürgen Scharfenberg

Verschobene Prioritäten:

Mobilität für alle! – Von der SPD nicht gewollt?

Mitten im Kommunalwahlkampf erreichte uns die Nachricht, dass seit Mai 2014 im Potsdamer Jobcenter Mitglieder von

Bedarfsgemeinschaften kein Mobilitätsticket der Verkehrsbetriebe für 19 Euro im Monat mehr beanspruchen können. Das Landesamt für Soziales und Versorgung machte darauf aufmerksam, dass Schüler



lt. Verordnung die Möglichkeit haben, beim zuständigen Schulverwaltungsamt einen Antrag auf Übernahme der Kosten zur Schülerbeförderung zu stellen. Die Leid tragenden sind hier wieder einmal die Familien mit Kindern, die Leistungen aus dem SGB II oder SGB XII in Anspruch nehmen müssen. Sie konnten bisher für jedes Mitglied der BG ein ermäßigtes Ticket für den Zeitraum der Bewilligung von Leistungen und das 24 Stunden am Tag, nutzen.

Mit unserem Antrag wollten wir den gesetzlichen und nicht veränderten Rechtsanspruch für alle in Potsdam betroffenen BG sofort wieder einführen. Leider sah das die neue Vorsitzende des Sozialausschusses, Birgit Morgenroth (SPD), anders. Ohne Begründung überwies sie unseren Antrag in den Ausschuss und verhinderte eine Beschlussfassung. In den Ferien und mit Beginn des neuen Schuljahres müssen weiterhin alle Kinder den vollen Monatsticketpreis in Höhe von 28,50 Euro für Fahrten innerhalb Potsdams zahlen, sofern sie beim ViP eine gültige Schülerkarte vorweisen.

Soziale Gerechtigkeit sieht anders aus und hätte sofort wieder umgesetzt werden können. Der Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben werden wir wie bisher als LINKE die Rote Karte zeigen.

Jana Schulze
Sozialpolitische Sprecherin

Betriebsvereinbarung Klinikum

Entsprechende Gespräche hätten stattgefunden, sagte Oberbürgermeister Jann Jakobs auf die Frage von Jana Schulze zur Betriebsvereinbarung über den Einsatz von Personal nach dem Erwerb des Krankenhauses Forst durch das Klinikum. Im Ergebnis werde ein Vorschlag der Geschäftsführung realisiert, nach dem gearbeitet werde, zu dem allerdings der Betriebsrat noch keine Stellungnahme abgegeben hat. Er werde im nächsten Hauptausschuss aktuell berichten.

Sanierung Neuendorfer Straße

Hans-Jürgen Scharfenberg bleibt an einem seiner wichtigen Themen dran: Die Zusage der Verwaltung, die Neuendorfer Straße in diesem Jahr zwischen Großbeerenstraße und Galileistraße zu sanieren. Die Sanierungsarbeiten haben begonnen, sagte Baubeauftragter Matthias Klipp. Innerhalb der avisierten drei Monate könnte das Vorhaben abgeschlossen sein. Klipp dankte in diesem Zusammenhang dafür, dass die Mittel aus den Haushaltsvorschlägen der LINKEN dieses Vorhaben möglich gemacht haben.

Gemeindezentrum Russisch-orthodoxe Gemeinde

Die Vorbereitungen seien inzwischen weit fortgeschritten, sagte Matthias Klipp. Verfahren und Modell seien abgestimmt. Der Bauplatz sei kompliziert, so „dass man dort eigentlich gar nicht bauen könnte“. Eine Ausschreibung und ein Wettbewerb werde vorbereitet, über die nächsten Schritte werde informiert.

Kaufhalle Bismarkiez

Seit Mai 2014 gebe es keine berichtenswerte Entwicklung zur Kaufhalle am Bismarkiez, sagte Matthias Klipp zur Frage nach der Nachnutzung der Kaufhalle am Bismarkiez. „Mehr als einen roten Teppich (für REWE und TLG) auszubreiten“, stehe nicht zur Verfügung. Auf die Gespräche zwischen beiden komme es an. „Wir stehen bereit, das positiv zu begleiten.“ Die Möglichkeiten der Verwaltung seien damit ausgeschöpft. Auf Nachfrage von Scharfenberg sah er die „Unterstützung aus dem politischen Raum“ positiv.

Parkplätze am Hauptbahnhof

Die bisher noch verfügbaren Parkplätze unterhalb des Hauptbahnhofes sollen nach dem Wegfall durch den Neubau der ILB nicht ausgeglichen werden, erklärte Matthias Klipp auf Nachfrage von Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg. Es gebe genügend Parkplätze in der Kaufland-Tiefgarage. Das Parkplatzprovisorium auf der Fläche der früheren Kaufland-Filiale sei nur eine Zwischennutzung und werde nicht ersetzt. Scharfenberg entgegnete: Der Parkplatz werde seit 15 Jahren genutzt. Bei einer wesentlichen Belebung der Innenstadt in dieser Zeit gebe es einen zusätzlichen Bedarf. Die Frage, ob es denn keine Notwendigkeit für ein aktuelles

Konzept gebe, verneinte Klipp. Das Parkhaus sei in Stoßzeiten nur zu 50 Prozent ausgelastet, die Nutzer müssten sich an die neue Situation gewöhnen. Es liege auch nicht im Interesse der Stadt, Dauerparkplätze in der Innenstadt zu schaffen.

Uferweg Speicherstadt

Gemäß SVV-Beschluss soll der Uferweg in der Speicherstadt auf dem Grundstück der EWP direkt am Wasser entlang führen. Wann beginnt der Bau, wollte Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg erfahren? Ein konkretes Datum sei nicht zu sagen, weil sich der Baubeginn auf Grund nicht gesicherter Finanzierung verzögert. Ein Förderantrag über 895.000 Euro sei von der ILB abgelehnt worden, weil die ca. 500 Euro pro Quadratmeter Uferweg doppelt so hoch sind wie die förderfähige Summe. Mit den noch verfügbaren 40.000 Euro soll bis zum 1. Quartal 2015 eine Kostentoptimierung erarbeitet werden.

Masterplan Potsdamer Norden

Welche Schritte wurden bisher für einen von der SVV 2012 beschlossenen Masterplan für den Potsdamer Norden eingeleitet, fragte Matthias Lack. Inzwischen wurden wichtige grundsätzliche Dokumente der Stadtentwicklung beschlossen, antwortete Matthias Klipp: Flächennutzungsplan, Verkehrskonzept, Schulentwicklungsplan, Uferwegekonzept, auf die man aufbauen sollte. Aktuell werde eine Bewerbung um die Landeshauptausstellung 2019 vorbereitet. Ab 2015 werde es eine gemeinsame Förderregion des Landkreises Havelland mit dem ländlichen Raum Potsdams geben.

Kunstspeicher Zepelinstraße

Wie weit die Konzepte für den Kunstspeicher gediehen seien, fragte Dr. Karin Schröter die Verwaltung. Burkhard Exner verwies auf das Angebot der Stadt, nach der Schließung der Alten Brauerei den Künstlern den Kunstspeicher in eigene Verantwortung zu übergeben. Gespräche zwischen Stadt und Künstlern haben stattgefunden, weitere werden folgen. Bisher gebe es aber keine Ergebnisse. Es werde im Kulturausschuss über den jeweils aktuellen Stand informiert.

Gaststätte Charlottenhof

Die Nutzung der ehemaligen Gaststätte Charlottenhof durch den Verein Scholle 51 Potsdam West sollte geprüft werden. Auf welche Weise unterstützt die Stadt das Projekt des Stadtteilvereins, wollte Dr. Karin Schröter wissen. Die Beigeordnete Dr. Iris Jana Magdowski erklärte das Einvernehmen mit der Stiftung Schlösser und Gärten als Eigentümer. Es gab einen Ideenwettbewerb und eine Projektskizze, die weiter diskutiert werden. Die Stadt unterstütze das Stadtteilnetzwerk Potsdam West im Rahmen der Förderung Bürger- und Begegnungshäuser 2014 mit 57.000 Euro. Zusätzliche Finanzierung könne es nicht geben.

Änderung der Liegebedingungen für Schiffe an Anlegestellen

Der verheerende Umweltschaden durch grobe Nachlässigkeit beim Betanken eines Passagierschiffes gebe den aktuellen Anlass dazu, die Vorschriften an den Anlegestellen in der Landeshauptstadt zu überarbeiten, begründete Ralf Jäkel den entsprechenden Antrag der LINKEN. In den Verträgen für Anlegeberechtigungen an Potsdamer Schiffsanlegestellen sollen nach Vorschlag der LINKEN folgende Änderungen eingearbeitet werden: 1. Das Laufenlassen der Schiffsmotoren wird maximal für Liegezeiten bis zwei Stunden gestattet. Bei längeren Liegezeiten sind verbindlich vorhandene stationäre Stromversorgungsanlagen gegen Entgelt zur Nutzung vorzuschreiben. 2. Die Regeln zur Betankung von Wasserfahrzeugen sind zur Wahrung des Umwelt- und Gewässerschutzes rechtssicher zu ergänzen.

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung überwiesen.

Berücksichtigung von Sozialaspekten bei Grundstücksvergabe

Auch für einkommensschwache Potsdamer sollte es möglich sein, in allen Stadtteilen wohnen zu können. Das bedeute, den Bau sozialverträglicher Wohnungen zu fördern, zum Beispiel durch die Möglichkeit, von der Regel der Vergabe von Bauland nach dem Höchstgebot abzuweichen. Ralf Jäkel brachte den Antrag der LINKEN ein, für dessen Begründung er ein Beispiel anführte: „In Potsdam gab es das Vorhaben des Wohn- und Kulturprojektes Umlandstraße 24, das für sein Projekt das Mindestgebot zum Erwerb abgegeben hatte mit der Selbstverpflichtung, alle Wohnungen sozialverträglich zu vermieten. Der Zuschlag ging dann an einen anderen Bieter, der mehr Geld bot aber nur zwei Wohnungen zu sozialverträglichen Mieten sichern muss.“

So soll der Oberbürgermeister einen Verfahrensvorschlag entwickeln, der Abweichungen von der Höchstgebotsvergabe von Grundstücken bzw. Häusern für solche BewerberInnen ermöglicht, die sich vertraglich verpflichten, dauerhaft preisgünstige Wohnungen zu vermieten.

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr überwiesen.

Mobilitätsticket Potsdam

In den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion sowie den Finanzausschuss überwiesen wurde der Antrag der LINKEN, das Mobilitätsticket wieder einzuführen, das seit April 2014 nicht mehr gewährt wird. Im Antrag, der von Jana Schulze begründet wurde, heißt es: „Der Ober-

bürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die Regelungen zur Inanspruchnahme des Mobilitätstickets Potsdam für Kinder und Jugendliche als Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften für Empfänger von Leistungen aus dem SGB II oder dem SGB XII sofort wieder eingeführt werden.“

Umsetzung des Schul- und Kita-Sanierungsprogramms bis 2019

Zu Beginn der neuen Wahlperiode formulierte die LINKE mit ihrem Antrag für die kommenden fünf Jahre: Bis zum Ende der Wahlperiode 2019 soll der Sanierungstau an Schulen, Kitas, Horten sowie Jugendeinrichtungen und Sportstätten abgebaut werden. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg erinnerte an das von der LINKEN initiierte Sanierungsprogramm als Begleitbeschluss zum Landtagsneubau von 2008. Dies sei noch nicht erfüllt. Angesichts dessen soll das Programm auf der Grundlage des im April 2014 beschlossenen Schulentwicklungsplanes bis 2020, des Jugendhilfeplanes und des Sportentwicklungsplanes weiterentwickelt werden. Das Sanierungsprogramm soll mit dem Haushaltsplanentwurf 2015/16 vorgelegt werden. Der Antrag wurde in die Ausschüsse Bildung und Sport, Finanzen, den Jugendhilfeausschuss und den Werksausschuss KIS überwiesen.

Teilnahme an Bürgerbefragungen

Ca. 5500 AusländerInnen leben in Potsdam, die nicht EU-BürgerInnen sind, begründete Sascha Krämer den Antrag der LINKEN, mit dem diesen Bürgern künftig die Teilnahme an Bürgerbefragungen ermöglicht werden soll. Es sei eine Frage der Demokratie in dieser Stadt, sagte er und schloss das Beispiel an: „Warum soll ein in Potsdam lebender Physikprofessor aus Frankreich abstimmen können und der Kollege neben ihm aus Simbabwe nicht?“

Da für diesen Antrag die Hauptsatzung geändert werden muss, sagte der Oberbürgermeister zu, auch noch weitere Änderungen bis zur Hauptausschusssitzung im November vorzuschlagen und dann der SVV vorzulegen.

Beschlossen

Verkehrsberuhigung Fahrland

Matthias Lack nahm sich eines Problems aus seinem Wahlkreis an: Er begründete den Antrag der LINKEN, dass der Durchgangsverkehr durch Fahrland bis 7,5 Tonnen zu begrenzen.

Ortsvorsteher Claus Wartenberg (SPD) konkretisierte den Antrag, die Prüfung solle sich sowohl auf die Ketziner als auch die Marquardter Straße beziehen. Der Antrag wurde so beschlossen.

Dringlichkeitsantrag der LINKEN und DIE ANDERE für Sondersitzung abgelehnt:

Kooperation bremst Bürgerbegehren gegen Garnisonkirche aus

Mindestens erschweren will wohl die „neue“ Kooperation aus SPD, CDU/ANW, B90/Grüne und BVB/Freie Wähler den Weg des Bürgerbegehrens gegen Garnisonkirche durch die Instanzen.

Bekanntlich hatten die Initiatoren des Bürgerbegehrens „Potsdam ohne Garnisonkirche“ am 7. Juli dem Wahlleiter Potsdams Dr. Matthias Förster die Listen mit über 16.000 Unterschriften übergeben. Angenommen werden kann das Bürgerbegehren, wenn zehn Prozent der Wahlberechtigten ein solches Begehren unterschreiben. Nach Überprüfung durch den Wahlleiter werden mit einiger Sicherheit die notwendigen 13.800 Unterschriften als rechtskonform gewertet werden. Dann muss die Stadtverordnetenversammlung entscheiden, ob das Bürgerbegehren zulässig ist und gegebenenfalls einen Bürgerentscheid einleiten.

Nach den Vorstellungen der Initiatoren könne gemeinsam mit der Landtagswahl am 14. September abgestimmt werden.

Folgerichtig hatten DIE LINKE und DIE ANDERE einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, eine Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung in der Sommerpause einzuberufen, auf der über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens entschieden wird. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg begründete die Dringlichkeit unter anderem mit der Pflicht aus der Kommunalverfassung, „unverzüglich“ über das Begehren zu entscheiden. Zwar haben die Fraktionen der LINKEN und der ANDEREN genügend Stimmen, um eine Sondersitzung beantragen und durchsetzen zu können. Die Antragsteller legten allerdings Wert darauf, dass die Stadtverordnetenversammlung insgesamt über die Einberufung der Sondersitzung entscheidet.

Pete Heuer verneinte für die SPD und die Kooperation die Dringlichkeit einer Sondersitzung vehement. Die Antragsteller hätten ja genügend Stimmen, um eine Sondersitzung zu beantragen.

Bei der Überprüfung durch den Wahlleiter geht es nicht nur um die notwendige Zahl von 13.300 Unterschriften. Sie sei ein Teil der rechtlichen Zulässigkeitsprüfung, heißt es in einer Pressemitteilung der Verwaltung, „in der zudem überprüft wird, ob Entscheidungskompetenzen der Gemeinde betroffen sind und das Thema des Bürgerbegehrens zulässig ist. Die Landeshauptstadt hat bereits vor dem Start des Begehrens die Initiatoren wie in der Kommunalverfassung verankert zur Fragestellung beraten.“ Zu dem bevorstehenden Verfahren heißt es weiter in der Mitteilung: „Über die Gültigkeit des Begehrens entscheiden die Stadtverordneten in öffentlicher Sitzung. Wird dem Begehren zugestimmt, so muss das Begehren umgesetzt werden. Wird es abgelehnt, wird das Begehren anschließend als Bürgerentscheid durchgeführt. Der Bürgerentscheid hat Erfolg, wenn es mehr Ja- als Nein-Stimmen gibt und mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten dem Anliegen zustimmen.“



Sitzungen der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Potsdam

Stadthaus, Raum 3.107, Beginn jeweils 18 Uhr

25. August; 01.; 08.; 15. und 22. September 2014

3. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit Einwohnerfragestunde

Stadthaus, Plenarsaal
17. September 2014, Beginn 15 Uhr

Frühschoppen „Rathausreport live“

Ort wird noch bekannt gegeben!
21. September 2014, Beginn 10 Uhr

Ausgabe „Rathausreport“ Nummer 6/2014

Stadthaus, Raum 3.107
26. September bis 01. Oktober 2014 (außer Sa. und So.)
Sie haben auch die Möglichkeit, den Rathausreport an den Info-Ständen der Fraktion DIE LINKE in den Stadtteilen zu bekommen.



Vordere Reihe (v.r.n.l.): Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Fraktionsvorsitzender, Dr. Karin Schröter, Kati Biesecke, Ralf Jäkel, Matthias Lack; Mitte: Dr. Sigrid Müller, Jana Schulze, Anita Tack, Barbara Keller, Michél Berlin; hinten: Sascha Krämer, Birgit Müller (Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung), Petra Sell, Peter Kaminski.

Hauptausschuss:

Mitglieder: Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, Dr. Karin Schröter, Sascha Krämer, Dr. Sigrid Müller;

Stellvertreter: Birgit Müller, Matthias Lack, Peter Kaminski, Barbara Keller.

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr:

Mitglieder: Ralf Jäkel (Ausschussvorsitzender), Michél Berlin;

Stellvertreter: Matthias Lack, Peter Kaminski, Anita Tack.

Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung:

Mitglieder: Matthias Lack (Ausschussvorsitzender), Ralf Jäkel;

Stellvertreter: Petra Sell, Michél Berlin, Anita Tack.

Ausschuss für Finanzen

Mitglieder: Birgit Müller, Peter Kaminski;

Stellvertreter: Sascha Krämer, Jana Schulze, Michél Berlin.

Sachkundige Einwohner: Evelin Krämer, Thomas Hintze

Rechnungsprüfungsausschuss:

Mitglieder: Birgit Müller, Peter Kaminski
Stellvertreter: Dr. Karin Schröter, Dr. H.-Jürgen Scharfenberg, Petra Sell.

Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion:

Mitglieder: Jana Schulze, Kati Biesecke;

Stellvertreter: Birgit Müller, Matthias Lack, Petra Sell.

Ausschuss für Kultur und Wissenschaft:

Mitglieder: Dr. Karin Schröter (Ausschussvorsitzende), Dr. H.-Jürgen Scharfenberg;

Stellvertreter: Sascha Krämer, Kati Biesecke, Barbara Keller.

Ausschuss für Bildung und Sport:

Mitglieder: Barbara Keller, Matthias Lack;

Stellvertreter: Dr. Sigrid Müller, Dr. Karin Schröter, Sascha Krämer.

Ausschuss für Eingaben und Beschwerden:

Mitglieder: Sascha Krämer, Petra Sell;

Stellvertreter: Dr. Sigrid Müller, Jana Schulze, Birgit Müller.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion DIE LINKE Potsdam

V.i.S.d.P. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Da der Rathausreport sehr gefragt ist, geben Sie ihn bitte weiter, wenn Sie ihn gelesen haben.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

DIE LINKE-Fraktion, Friedrich-Ebert-Straße 79/81, 14469 Potsdam

E-Mail: DIELINKE-Stadtfraktion@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 51, Fax: 331/289 31 19

Druck: DRK-Behindertenwerkstätten gGmbH Potsdam